



INITIATIVEN FÜR BREMEN

Pressemitteilung der Initiativen für Bremen
Bremen, den 12. August 2016

Bündnis aus Bremer Bürgerinitiativen startet neues Volksbegehren für das städtebauliche Entwicklungskonzept „Grün-, Erholungs-, und gemeinschaftlich genutzte Flächen“ und zeigt mit dem Konzept „Bauen ohne Flächenfraß“ (BoFF) Alternativen zur Wohnungsbaupolitik des rot-grünen Senats auf

Seit dem 26. Juli 2016 sammelt unser Bündnis aus Bremer Bürgerinitiativen „Initiativen für Bremen“ mit vielen helfenden Händen in Bremen und Bremen-Nord Unterschriften für unser neues Volksbegehren.

Unser Ziel ist es, bestimmte Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Flächen in Bremen vor Bebauung langfristig zu schützen, so etwa die St. Magnuser Fläche am Westrand des Knoop's Park, die Fläche am Werdersee neben dem Huckelrieder Friedhof, den Lucie-Flechtmann-Platz in der Neustadt oder die Bezirkssportanlage Oeversberg in Grohn, Parks und Friedhöfe.

Denn diese Flächen spielen nach unserer Ansicht für die Gesundheit und den Alltag der Bremer Bevölkerung eine wichtige Rolle und setzen einem sich im Gange befindlichen Klimawandel mit seinen Hitze- und Starkregen-Ereignissen Grenzen. Sie zu bebauen, ist kurzsichtig und ein Vorhaben, das sich nicht an den langfristigen Bedürfnissen eines großen Teils der Stadtbewohner orientiert.

Zudem will die rot-grüne Wohnungsbaupolitik auf verschiedenen Flächen unserer Liste zum großen Teil teure Premium-Wohnungen, die sich kaum jemand leisten kann, errichten. Aktuelle Zahlen belegen sogar, dass nur 8,37 % aller neugebauten Wohnungen in Bremen bezahlbare Wohnungen sind¹ [siehe auch Anhang 2].

Dagegen setzen wir unser städtebauliches Konzept der langfristigen Nicht-Bebauung bestimmter Flächen und unser Konzept des „Bauen ohne Flächenfraß“ (BoFF) [siehe unseren Volksbegehrens-Antrag im Anhang 1, mit den Konzepten auf den Seiten 1 – 11 und Seite 12]. Denn durch Maßnahmen wie die Bebauung von Baulücken, die Bebauung geeigneter und bereits versiegelter und zur Bebauung zugelassener Flächen, einen Bestandsumbau (z. B. von leerstehendem Büroraum) oder die Instandsetzung von Leerständen ist der Bau von mehreren Zehntausend Wohneinheiten möglich, ohne dass Grün-, Erholungs- und Sozialflächen zerstört werden müssen.

Durch Fachleute sehen wir uns mit unseren beiden Konzepten bestätigt. Der Panorama-Redakteur Johannes Edelhoff recherchierte in Bezug auf die Bezahlbarkeit von Neubauwohnungen und kam zu dem Schluss, dass zur Zeit in Deutschland „falsch gebaut“ werde, da sich quasi kaum jemand die in Großstädten entstehenden Neubauwohnungen leisten

¹ Siehe: „Wohnungsnot: Rettung durch Großinvestoren?“, von Johannes Edelhoff & Christian Salewski, Beitrag einer Panorama-Sendung, ausgestrahlt in der ARD am 23.6.2016. Hier verwendet: Sendungsmanuskript dieses Beitrags, zu finden unter <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2016/Wohnungsnot-Rettung-durch-Grossinvestoren-wohnungsnot176.html>, Tabelle Wohnungsangebote in den 20 größten deutschen Städten 2015-16. Die Zahlen wurden mithilfe der „empirica-systeme Marktdatenbank“ ermittelt, Auszug siehe Anhang 2.

könne.² Und der Architektur-Experte Daniel Fuhrhop zählt in seiner Streitschrift „Verbietet das Bauen!“ 50 „Werkzeuge“ auf, mit denen man Neubau sogar „überflüssig“ machen könne [siehe den Artikel von Joachim Wille im Anhang 3, der 10 dieser Werkzeuge in der Frankfurter Rundschau vom 28.4.2016 darstellte].

Wir gehen daher davon aus, dass es eher ein Bündel von Maßnahmen ist, mit dem Bremen stadtplanerisch entwickelt werden muss. Flächenfraß und eine sozial nicht verträgliche Innenverdichtung, wie die angedachten Bebauungen von Spielplätzen in Findorff, eines Schulhofes in Lesum, von gemeinschaftlich genutzten Plätzen an der Dedesdorfer Straße in Walle oder des Lucie-Flechtmann-Platzes in der Neustadt sowie die bereits stattgefundenen Bebauungen eines Freibades in Lesum und von Sportplätzen in St. Magnus und Grohn stellen in unseren Augen krasse Fehlentscheidungen in der rot-grünen Wohnungsbaupolitik dar.

Die Bebauung der letzten freien und vermeintlich nicht mehr benötigten Flächen innerhalb Bremens würde uns allen ein Stück Lebensgrundlage entziehen. Die Schaffung von Luxus-Wohnungen auf diesen Flächen würde zudem die soziale Spaltung der bremischen Stadtgesellschaft verstärken und den Zielen der Bundesregierung nach Reduzierung des Flächenfraßes zuwider laufen.

Der wesentliche Unterschied gegenüber dem letzten Volksbegehren, das vom Senat der Freien Hansestadt Bremen als unzulässig angesehen wurde, besteht darin, dass sich unser Gesetzesentwurf nunmehr in die Systematik des Baugesetzbuches einfügt. Der Gedanke des Flächenschutzes vor Bebauung soll damit als städtebauliches Entwicklungskonzept bei der Aufstellung von Bebauungsplänen in der Stadtgemeinde Bremen eine besondere und verbindliche Berücksichtigung erfahren und per Volksentscheid beschlossen werden.

Dazu haben die Initiatoren des Volksbegehrens am 16. Juli 2015 offizielle Beratungen mit den Senatsvertretern gemäß §8a Volksentscheidgesetz in Anspruch genommen. Alle Hinweise und rechtlichen Kritiken der Senatsvertreter haben wir danach in unser städtebauliches Konzept unter fachkundiger Hilfe eingearbeitet.

Für unseren aktuellen Volksbegehrensantrag benötigen wir wieder 4000 Unterschriften von Bremer Bürgern, die mindestens 16 Jahre alt sind und seit drei Monaten in Bremen wohnen.

Wer uns beim Sammeln von Unterschriften helfen möchte, kann eine E-Mail schicken an

initiativen-fuer-bremen.de

und unter Angabe seiner Adresse und Telefonnummer Unterschriften-Exemplare anfordern, die wir dann gerne liefern.

Die Sprecher der Initiativen für Bremen

Olaf Dinné
Weg zum Krähenberg 57
28201 Bremen
Tel.: 0421- 551426
olafdinne@macbay.de

Gerhard Bomhoff
Teerhof 51
28199 Bremen
Tel.: 0421-5980246
Mobil: 01724540401
bom.g@arcor.de

Olaf Brandtstaedter
Buddestraße 8/10
28215 Bremen
Tel.: 0421-3761142
Mobil: 0175 344 3405
bra@uni-bremen.de

² Siehe: tageschau24 vom 23.6.2016 unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/immobilien-preise-neubauten-101.html>

Anhang 1: Volksbegehrens-Antrag

Anhang 2: Auszug aus dem Sendemanuskript einer ARD-Panorama-Sendung, Beitrag „Wohnungsnot: Rettung durch Großinvestoren?“, von Johannes Edelhoff & Christian Salewski
Zu finden unter:

<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2016/Wohnungsnot-Rettung-durch-Grossinvestoren-wohnungsnot176.html>. Die Sendung wurde ausgestrahlt am 23.6.2016
Anhang 3: „Auf diese Ideen lässt sich bauen“, von Joachim Wille, Frankfurter Rundschau vom 28.4.2016

Anhang 3: „Auf diese Ideen lässt sich bauen“, Frankfurter Rundschau vom 28.4.2016